



# Verloren im Niemandsland

– von André Kruschke

**Gedanken zur Lage der Nation: Ist Deutschland schon abgeschafft? Die politischen Eliten verhalten sich jedenfalls so.**

«Dieses Land gehört per se niemandem.» Schon gar nicht gehöre Deutschland den Einheimischen, die ihr Land «zu Recht» nicht mehr wiedererkennen würden. Derartige den Nationalstaat verunglimpfende und bewusst auf dessen Abschaffung zielende Difamierungen stammen nicht etwa von pubertierenden, wohlstandsverwöhnten Minderjährigen, die die ideologiedurchtränkten und realitätsfremden Ansichten woker Mainstream-Medien unreflektiert wiederkäuen. Nein, diese Aussagen stammen von Naika Foroutan, ihres Zeichens Professorin für Integrationsforschung und Gesellschaftspolitik an der Humboldt-Universität zu Berlin, dort Abteilungsleiterin am Institut für empirische Integrations- und Migrationsforschung sowie preisgekrönte Direktorin des Deutschen Zentrums für Integrations- und Migrationsforschung, das vom Bundesfamilienministerium gefördert wird.

Die Bundesrepublik soll nach Ansicht einer derart prominenten Wissenschaftlerin also nicht mehr den Einheimischen gehören – Personen, die von Ferda Ataman, der Antidiskriminierungs-Beauftragten des Bundes, gerne auch als «Kartoffeln», «Ureinheimische» oder «Germanennachfahren» bezeichnet werden. Nach diesem Verständnis sollen also Biodeut-

sche ihr Land, das sie und ihre Vorfahren mit Mühe und Stolz aufgebaut haben sowie ihre Kultur und Traditionen, an denen sie hängen und mit denen sie sich identifizieren, aufgeben und freiwillig und bedingungslos neu zugewanderten Menschen mit einer gänzlich anderen Kultur überlassen.

## Landnehmer und Zahlmeister

Es sind Aussagen wie jene von Frau Foroutan und Frau Ataman, die einen fassungslos zurücklassen. Und noch besorgniserregender ist der Umstand, wie führende Politiker und tonangebende Medien darauf reagieren: mit weitgehendem Schweigen und, so man darf vermuten, heimlicher Billigung. Was die Folgen dieser von den Repräsentanten dieses (noch bestehenden) Landes gewollten Entwicklung sind, zeigt sich eindrucksvoll in ausufernden Kosten und einer steigenden Kriminalitätsrate. So ist die Zahl der deutschen Bezieher von ehemals Hartz IV und heute Bürgergeld von 4,3 Millionen im Jahr 2007 auf 2,1 Millionen (2022) zurückgegangen, während die Zahl der ausländischen Empfänger im gleichen Zeitraum von 980.000 auf 1,6 Millionen Personen gestiegen ist. Mittlerweile ist damit fast jeder zweite Bezieher von Bürgergeld fremder Herkunft,

*Grenzkontrolle an der Neiße, dem deutsch-polnischen Übergang bei der Stadt Forst. Da die Stichproben nur selten erfolgen, ist die alte Brücke ein ideales Einfallstor für Illegale. Foto: picture alliance/dpa*

---

«Dieses Land gehört per se niemandem.»

Naika Foroutan

---



Araber beherrschen die Straße in Berlin-Neukölln. Hier bei einer Solidaritätsaktion mit Gaza am 13. Oktober 2023. Foto: picture alliance / ZUMAPRESS.com

## Enthomogenisierung ist ein Angriff auf das friedliche Zusammenleben.

Dr. André Kruschke ist Rechtsanwalt und Publizist. Er veröffentlicht laufend zu aktuellen rechtlichen und politischen Themen, unter anderem in der «Neuen Juristischen Online-Zeitschrift», bei «Tumult» oder auf apolut.net. Mehr Informationen über den Autor finden Sie auf seiner Homepage [andrekruschke.de](http://andrekruschke.de).

weshalb man auf die sogenannten Weißbrote also doch nicht ganz verzichten kann, da ihnen – natürlich nur unter Aufgabe ihrer eigenen Identität – zumindest noch die Aufgabe zukommt, für die kultur-fremden Einwanderer zu zahlen.

Über die Folgen vormals nicht bekannter Gewaltorgien – nicht nur in Freibädern –, anlasslosen Messer-attacken – nicht nur auf Bahnhöfen und in Zügen –, Vergewaltigungen oft minderjähriger Mädchen und Frauen sowie tumultartigen Straßenschlachten in Castrop-Rauxel, Essen, Gießen, Stuttgart, Berlin und anderen Orten, über die nicht mehr berichtet werden darf, muss hier nichts weiter ausgeführt werden – da die Umstände für sich sprechen.

Mit dem seit 2015 in rechtlicher und gesellschaftlicher Hinsicht praktizierten Ansatz, Realität durch Fakten zu schaffen, konnte in den letzten Jahren die wohl wichtigste Fragestellung aus rein ideologischen Gründen erfolgreich unterdrückt werden: was eine freiheitliche Gesellschaft im Inneren zusammenhält und wie viel Zuwanderung ein demokratisch verfasster Nationalstaat eigentlich verkraften kann. So basiert die Bundesrepublik Deutschland – wie jeder andere Nationalstaat – auf einer Überzeugung ihrer Werte und setzt die fortwährende Zustimmung zu ihrem Wesen als freiheitlich-demokratischer Rechtsstaat voraus. Ungeschriebene Grundlage ist damit die Einigkeit ihrer Bürger, auf der sich dieser gründet. Staat und Volk sind insofern in hohem Maße aufeinander bezogen und be-

dingen sich wechselseitig, wobei ein harmonisches Zusammenleben als Voraussetzung inneren Friedens umso wahrscheinlicher ist, je weniger die sozialen, politischen, religiösen und kulturellen Vorstellungen auseinandergehen. Es gilt die schlichte – von links-grün gleichwohl beharrlich geleugnete – Hypothese: Je homogener die Gesellschaft ist, desto friedlicher ist sie auch.

### Volksaustausch und Bürgerkrieg

Die von Globalisten angestrebte Enthomogenisierung tradierter Gemeinwesen stellt damit einen direkten Angriff auf das friedliche Zusammenleben dar. Zuwanderung von außen, egal aus welchem Grund sie erfolgt, bedingt insofern einen permanenten, anstrengenden Integrationsakt, weshalb Nationalstaaten seit Jahrzehnten strenge Voraussetzungen an die Zulässigkeit von Migration stellen. Dieses zwischen Staat und Bevölkerung bestehende Verständnis wurde jedoch spätestens 2015 einseitig von der Regierung aufgekündigt. Hintergrund ist eine offen universalistische Politik, die keine Nationen, Ethnien und Grenzen mehr kennt und die den Nationalstaat als verstaubtes Relikt einer vergangenen Zeit ansieht.

Politik und führende Medien proklamieren daher immer offensiver eine Weltanschauung, wonach traditionelle identitätsstiftende Kategorien wie Heimat, Kultur und Volk abzuschaffen und durch neue zu ersetzen sind. Das Ziel ist eine grenzenlose, an

ideologischer Naivität – oder Böswilligkeit – nicht zu überbietende Multikulti-Welt unter dem Regenbogen, die von unterschiedslosen Einheitsmenschen bevölkert wird, die heimat- und geschichtslos ihr genderfluides Dasein als Identitätskostüm ausleben.

Entgegen der von woken Universalisten und deren medialen Wasserträgern vertretenen Ideologie können und wollen breite Bevölkerungsschichten gerade nicht beliebig in religiös und kulturell durchmischten Strukturen leben, weil sich bei zunehmender sozialer Heterogenität die verbindenden Elemente auflösen. Wenn immer mehr Menschen mit unterschiedlichen Vorstellungen davon, wie ein harmonisches und verbindendes Gemeinwesen auszugestaltet ist, auf engstem Raum miteinander leben, zersetzt sich die integrierende und einheitsbildende Funktion des Nationalstaats, seinen Bürgern eine gemeinsame Heimat zu geben. Multikulturalismus führt nicht zu der herbeigesehnten bunten Brüderlichkeit, sondern zu handfestem Streit, da in derart heterogenen Gesellschaften die auseinanderdriftenden Kräfte letztlich die Oberhand gewinnen und dadurch die für ein friedliches Zusammenleben erforderliche Solidarität schwinden lassen – bis sich die fremd gewordenen Bevölkerungsschichten in Parallelgesellschaften zusammenfinden und sich mit Neid, Misstrauen und – schlimmstenfalls – Gewalt begegnen.

### Weltdiktatur über die Menschheit

Wohl keine andere Regierung hat sich derart weit von ihrem Volk gelöst wie die derzeit amtierende, die auch nur geringste Wünsche nach geordneten Zuständen in einer weitgehend homogenen Bevölkerung als reaktionär und rassistisch brandmarkt. Die maßlosen Privilegien der regierenden elitären Politikerkaste führten zusammen mit der vorbehaltlosen Unterstützung durch die Massenmedien zu einer Entwurzelung erschreckenden Ausmaßes, die die kulturelle Verbundenheit dieser Personengruppe zur eigenen Nation praktisch aufgelöst hat. Da sich die in Verantwortung stehenden Politiker jedoch als Teil einer globalen Einheitswelt sehen, ist ihnen der Niedergang des Nationalstaats gleichgültig. Statt sich um das Allgemeinwohl der Menschen in diesem Land zu kümmern, wird mit Verachtung auf die sie finanzierende Bevölkerung geblickt.

Dieses Land befindet sich damit in der kuriosen Situation, dass all jene, die der Vertiefung der internationalen Zusammenarbeit das Wort reden und die Stärkung globaler Institutionen (UNO, WHO, Weltklimarat und so weiter) fordern, einerseits durchaus recht haben, andererseits aber eben dadurch genau

*Ein seltenes Bild: Die Polizei erwischt Personen, die bei Forst/Brandenburg illegal über die Grenze gekommen sind. Aufnahme vom 28. September 2023. Foto: imago/Funke Foto Services*

jenen in die Hände arbeiten, die für die derzeit bestehenden Probleme verantwortlich sind. Deren Ziel ist ein ganz anderes als das, welches sich so mancher woke Idealist vorzustellen vermag: eine Weltregierung, die unter Aufgabe nationaler Sozial- und Verfassungsstaaten, Nivellierung kultureller Gepflogenheiten, Abschaffung von Traditionen, Überlieferungen und Bräuchen sowie der vollständigen Entwurzelung ganzer Bevölkerungsschichten agiert und sich damit letzten Endes gegen Freiheit, Individualität und Selbstbestimmung richtet – wie es von zahlreichen Befürwortern der Neuen Weltordnung ja offen zugegeben wird. Bei einer solchen Weltregierung, der Regierung eines Weltstaates also, besteht jedoch die Gefahr, dass sie mangels Kontrolle und Souveränitätsrechten der Unterworfenen in einer Weltdiktatur endet, in der eine Gewaltherrschaft über eine weitgehend entrechtete Menschheit etabliert wird.

### Keine andere Regierung hat sich derart weit von ihrem Volk gelöst wie die derzeit amtierende.

Im Sinne des freiheitlichen Rechtsstaats und des friedlichen Zusammenlebens seiner Bürger als Nation bleibt zu hoffen, dass sich Regierung und Medien ihrer demokratischen Verantwortung endlich bewusst werden und den Ruf nach dem Erhalt des Nationalstaates nicht länger als reaktionäres Gedankengut denunzieren, sondern ihn als das ansehen, was ihn auszeichnet und ihn unerlässlich macht: als Garant für die Interessen des Volkes als dem Souverän demokratischer Ordnungen. ■

### 37 Milliarden Euro pro Jahr



«Im vergangenen Jahr lagen die asylbezogenen Ausgaben bei 22 Milliarden Euro. Rechnet man die Gelder für die Bekämpfung von Fluchtursachen heraus, ist man immer noch bei 13 Milliarden Euro an asylbedingten Kosten. Dazu kommt das Bürgergeld für alle, die eine Arbeitsgenehmigung haben. 50 Milliarden geben wir dieses Jahr insgesamt für diese Lohnersatzleistung aus, knapp die Hälfte der Bürgergeld-Bezieher sind inzwischen Ausländer. Das heißt, Leute, die nie in die Sozialkassen eingezahlt haben, erhalten alles zusammen gerechnet 37 Milliarden Euro an staatlichen Transfers.»

(Jan Fleischhauer, *Focus* 1.10.2023)

*Hatte zig Identitäten und kassierte mehrfach Stütze: Anis Amri, der mutmaßliche Attentäter vom Breitscheidplatz in Berlin kurz vor Weihnachten 2016. Foto: imago images/Xinhua*

